



Barthle-Brief

Nr. 32

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

25.3.2011

Thema der Woche:

Wir machen den Euro und Europa zukunftsfähig **Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 24./25. März**

Die Stabilität des Euro hat für Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerste Priorität. Sie stellte dem Deutschen Bundestag an diesem Donnerstag im Rahmen einer Regierungserklärung zum Treffen der Staats- und Regierungschefs vom 24./25. März in Brüssel das Gesamtpaket zur Sicherung der Währungsunion vor. Worum geht es: Der bestehende Euro-Rettungsschirm (EFSF) soll ab 2013 durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abgelöst werden. Der ESM wird sich aus einem Kapitalstock und Garantien der Mitgliedsländer zusammensetzen. Die Euro-Länder zahlen 80 Milliarden Euro ein, wovon Deutschland knapp 22 Milliarden Euro beisteuert. Zu den Kapitalleistungen kommen Garantien über insgesamt 620 Milliarden Euro. Der Fonds kann damit voraussichtlich 500 Milliarden Euro verleihen und erhält das begehrte beste Rating AAA. Der Aufbau des Kapitalstocks soll auf fünf Jahre verteilt werden. Mit dem ESM werde für den Euro ein tragfähiges Rettungsnetz für den äußersten Notfall geknüpft, sagte Merkel.

Die Bundeskanzlerin begründete die Anstrengungen der Bundesregierung für den ESM, indem sie die Bedeutung des Euro hervorhob: „Deutschland profitiert vom Euro wie kaum ein anderes Land in der Europäischen Union“, betonte sie. Die gemeinsame Währung Sorge für Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen in Deutschland. Sowohl aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen sei die Wirtschafts- und Währungsunion unverzichtbar. Wie wichtig der Euro für die deutsche Wirtschaft ist, machte die Bundeskanzlerin anhand einer bemerkenswerten Zahl deutlich: In der Zeit von 1999 bis 2009 erhöhten sich die deutschen Exporte in die Euro-Zone um 48 Prozent.

Als einen weiteren Garanten für die Stabilität machte Merkel die unabhängige Europäische Zentralbank aus. Sie gab sich rückblickend davon überzeugt, dass Deutschland deutlich stärker von

der Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen worden wäre, wenn man nicht die Gemeinschaftswährung gehabt hätte.

Der Euro hat aber auch eine politische Dimension: Er ist laut Merkel Ausdruck der engen Verbundenheit und Verflechtung in der EU. Die Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion bilden eine Verantwortungsgemeinschaft, in der jeder Einzelne zu Eigenverantwortung und Solidarität verpflichtet sei, sagte die Bundeskanzlerin. Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen stellen die Euro-Länder sicher, dass die gemeinsame Währung stark bleibe – und ziehen damit die Lehren aus der Schuldenkrise. Die Europäische Union baue sich jetzt mit dem ESM ein Rahmenwerk, damit das, was in der Vergangenheit passiert sei, sich nicht wiederholen könne.

Die Beschlüsse seien allerdings nur dann wirksam, wenn die Mitgliedstaaten bereit seien, sie in der Zukunft auch tatsächlich einzuhalten, hob die Kanzlerin hervor. Konkret werde es Änderungen geben, wenn die Maastricht-Kriterien von einem Euro-Mitgliedstaat nicht eingehalten werden. Die Überschreitung des Drei-Prozent-Limits für die jährliche Neuverschuldung führe dazu, dass diese Staaten früher und schneller bestraft würden.

Von exorbitanten Schuldenständen einiger Mitgliedsländer gingen große Gefahren für die Stabilität des Euro insgesamt aus, wie die Vergangenheit gezeigt habe, warnte die Kanzlerin. Deshalb sei es notwendig, alle Mitgliedstaaten zu stärkeren Anstrengungen zu verpflichten. Gemeinsame europäische Anleihen lehnte Merkel für die Bundesregierung erneut ab. Es werde mit der christlich-liberalen Koalition keine Verge-meinschaftung von Schulden in Europa geben. Wer solche Forderungen erhebe, handele nicht im Interesse der deutschen Steuerzahler. „Es wird also weder regelmäßige noch dauerhafte Transferleistungen geben“, sagte sie.

Weitere Themen des Europäischen Rates

Neben den bereits beschriebenen Verhandlungen zur Ausgestaltung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) kündigte die Bundeskanzlerin im Deutschen Bundestag an, dass der Gipfel sich sowohl mit der Situation in Libyen als auch mit Konsequenzen aus der Reaktor-Katastrophe in Japan beschäftigen werde. „Die Umbrüche im arabischen Raum werden das Gesicht der Region und der Welt verändern“, gab sich Merkel überzeugt. Die Bundesregierung werde sich für ein komplettes Ölembargo und weitreichende Handelsbeschränkungen gegen Libyen einsetzen, so die Kanzlerin weiter. Darüber hinaus unterstützte sie die Initiative von EU-Kommissar Günther Oettinger für einen europäischen Stresstest aller Kernkraftwerke.

Deutschland ist verlässlicher Bündnispartner

In der vergangenen Woche hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Resolution 1973 militärische Maßnahmen zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung autorisiert. Die Unionsfraktion hat in dieser Woche im Deutschen Bundestag die politischen Ziele der Vereinten Nationen, die durch diese Resolution zum Ausdruck kommen, ausdrücklich unterstützt. Deutschland wird sich allerdings nicht mit eigenen Soldaten an der Umsetzung des Mandats beteiligen. Dafür entlastet Deutschland seine NATO-Partner mit zusätzlichen Kapazitäten für den Einsatz in Afghanistan. Über den Antrag der Bundesregierung zur „Beteiligung deutscher Streitkräfte am Einsatz von NATO-AWACS im Rahmen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (International Security Assistance Force, ISAF) in Afghanistan unter Führung der NATO“ hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche in erster und in abschließender Lesung beraten und namentlich abgestimmt. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen wurde das Mandat verabschiedet, mit dem die Beteiligung von 300 deutschen Soldaten an AWACS-Missionen zur Überwachung des afghanischen Luftraums möglich wird. Diese ist zur Regelung des in den vergangenen Jahren stark angestiegenen zivilen Luftverkehrs notwendig, aber auch zur Unterstützung von Operationen von ISAF-geführten Bodentruppen. Trotz dieser zusätzlichen Unterstützung, die auch zum Ziel hat, Deutschlands Verbündete für ihren Einsatz in

Libyen zu entlasten, bleibt die Bundesregierung aber dabei, nicht mehr als 5.350 Soldaten in Afghanistan einzusetzen.

Aussetzung der Wehrpflicht

In dieser Woche beschloss der Deutsche Bundestag die Aussetzung der Wehrpflicht. Vor dem Hintergrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage wird die Bundeswehr neu ausgerichtet. In diesem Zusammenhang soll die gesetzliche Verpflichtung zur Wehrdienstleistung nach dem Wehrpflichtgesetz außerhalb des Spannungs- oder Verteidigungsfalls ausgesetzt und der freiwillige Wehrdienst fortentwickelt werden. Ziel ist ein Anteil von bis zu 15.000 freiwillig Wehrdienstleistenden, die auch im Auslandseinsatz eingesetzt werden können, wenn sie mindestens zwölf Monate dienen. Zur Überbrückung personeller Engpässe wird es künftig möglich sein, Verpflichtungsprämien für Mannschaftssoldaten aller Statusgruppen als finanziellen Anreiz zu zahlen.

Einführung des Bundesfreiwilligendienstes

Die Aussetzung der Wehrpflicht führt auch zur Aussetzung des Zivildienstes. Die Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes schafft künftig für alle Bürgerinnen und Bürger ein zusätzliches Angebot, das Gemeinwesen mitzugestalten und sich bürgerschaftlich zu engagieren. Der Bundesfreiwilligendienst wird Männern und Frauen jeden Alters nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht offen stehen. Der Einsatz im Bundesfreiwilligendienst soll in der Regel zwölf, mindestens sechs und höchstens 24 Monate dauern. Parallel zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes werden die Länder beim Ausbau der heute schon bestehenden Jugendfreiwilligendienste unterstützt und das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) sowie das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) noch intensiver gefördert. Die unterschiedlichen Konzepte und Formate der Freiwilligendienste sollen für die Freiwilligen gleich attraktiv sein.

Zitat

„Es ist das schönste Amt, das die CSU zu vergeben hat.“

(Gerda Hasselfeldt am Dienstag während eines Pressegesprächs in Berlin über ihr neues Amt als CSU-Landesgruppenvorsitzende im Bundestag.)